

bdew

Energie. Wasser. Leben.

Landesgruppe
Berlin | Brandenburg



INFRANEU

bdew

Energie. Wasser. Leben.

Aktuelle Vorgaben für die Wasser- und Abwasserwirtschaft auf nationaler und europäischer Ebene

Dr. Michaela Schmitz, Bevollmächtigte Wasserwirtschaft
BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. Berlin / Brüssel

16. Abwasserbilanz Brandenburg, 16. Dezember 2013,
Zentrum für Luft- und Raumfahrt III, Wildau

Schwerpunkte Wasserpolitik

- EU-Dienstleistungskonzessionsrichtlinie
- GWB-Novelle
- Preise und Gebühren
- EEG
- Breitbandausbau
- IT-Sicherheit

- **Ausnahme Sektorentätigkeit Wasserversorgung erreicht**
- Erklärtes Ziel des BDEW (seit Vorschlag 2011)
 - BDEW-Verhandlungen mit Kommissar Barnier
 - BDEW-Formulierung Ausnahmepaket mit EU-Kommission
- **Unterstützung durch Verdi-Aktion**
- Art. 9a des Entwurfs der DLK-Richtlinie
- Regelung betraf Bereitstellen und Betreiben fester Netze (zur Gewinnung, Abgabe, Fortleitung) sowie Einspeisung in die Netze, Wasserbauvorhaben
- Prüfung der Ausnahme in 5 Jahren von EU-Kommission Art. 51

- Die **öffentliche Daseinsvorsorge**, insbesondere die Daseinsvorsorge auf regionaler und kommunaler Ebene (z. B. die **Wasserversorgung**) gehört zum Kernbestand staatlicher Aufgaben. Der demografische Wandel und der Bevölkerungsschwund in vielen ländlichen Gebieten verschärfen die Handlungsnotwendigkeiten auf diesem Gebiet.
- Die Gestaltungsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten, ihrer Regionen und Kommunen für ihre im öffentlichen Interesse liegenden Aufgaben müssen erhalten bleiben. Wir werden jeder weiteren Einschränkung der Daseinsvorsorge durch EU-Politiken **offensiv entgegentreten**. Nationale, regionale und lokale Besonderheiten in der öffentlichen Daseinsvorsorge dürfen durch europäische Politik nicht ausgehebelt werden.

Abschaffung der Abwasserzweckverbände? Gemeinde- und Verwaltungsreform Brandenburg

- Enquete-Kommission im Landtag eingesetzt, Vorbild Sachsen-Anhalt
- Gutachten von Prof. Dr. Gebhardt, Potsdam, zur Verwaltungs- und Strukturreform fordert u. a. Abschaffung des Abwasserzweckverbandwesens und Umwandlung in Verbandsgemeindemodelle als Mittel zur Effizienzsteigerung, zur Senkung der Abwassergebühren, Schuldenmanagement und zur Lösung des Altanschießerproblems

BDEW gemeinsam mit Landeswasserverbandstag Brandenburg im August 2013

- Gegen Umstrukturierung, über 90 % der ZV sind bereits konsolidiert
- Kommunale Verantwortung darf nicht ausgehöhlt werden
- Altanschießerproblematik wird dadurch nicht gelöst

Enquete-Kommission hat Gutachten in diesem Punkt abgelehnt!

8. GWB-Novelle verabschiedet



- 1. Gebührenkontrolle nicht durch Kartellämter**
- 2. Demarkationen erhalten, keine Durchleitung**
- 3. Kostenprüfung anerkannt**
- 4. Rationelle Betriebsführung**

Wasserpreise und Gebühren

- ➔ Unterschiedliches Vorgehen in Bundesländern
- ➔ Abfragen, in- und formelle Verfahren
- ➔ Preisverfügungen und Preissenkungen
- ➔ Gebührenumfragen (BGH-Entscheidung Niederbarnim 2011)

EEG: Neue Belastungen für Wasserver- und Abwasserentsorger?

Novelle EEG: Einführung einer **Mindestumlage für Energieerzeugung Wasser / Abwasser / Eigenverbrauch**

- ❖ belastet Wirtschaftlichkeit der Anlagen
- ❖ betroffen im Wasser-/Abwasserbereich: Klärgas, Abwärme, Windenergie, Photovoltaik, Turbinen...
- ❖ Koalitionsvertrag: Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (**EEG**) bis Ostern 2014 mit dem Ziel einer Verabschiedung bis Sommer 2014. Altanlagen genießen Bestandsschutz.



Verordnung „über Maßnahmen zur **Reduzierung der Kosten** des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen für die elektronische Kommunikation“ (COM (2013) 147 fin.) 2013/0080 (COD)

- Art. 3 - **Zugang zu bestehenden physischen Infrastrukturen (Wasser, Abwasser, Fernwärme...netze)**
- Art. 4 - **Transparenz physischer Infrastrukturen**
- Art. 5 - Koordinierung von Bauarbeiten
- Art. 6 - **Genehmigungserteilung**
- Art. 7 und Art.8 - Gebäudeinnenausstattung
- **Streitbeilegungsstelle / Nationale Regulierungsbehörde (BNetzA)**

Presse-Statement BDEW zur Reaktion der EU-Digitalkommission

*BDEW-Presse-Statement, Martin Weyand,
Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser 30.07.13*

„.... Der Verordnungsentwurf der Europäischen Kommission vom 26. März 2013 sieht explizit vor, zur Senkung der Kosten den Ausbau der Breitbandkabel über die **Innen-Nutzung passiver Infrastrukturen wie der Infrastrukturen der Wasserver- und Abwasserentsorgung** durchzuführen. Es soll der Zugang zu den Wassernetzen und Abwassernetzen geregelt, die Daten der Wasserversorgungs- und Abwassernetze offengelegt und die Koordinierung der Bauarbeiten und Genehmigungen erleichtert werden.

Konkret wird im Verordnungsentwurf gleich in mehreren Passagen ausdrücklich auf Wasser- und Abwassernetze eingegangen...“

BDEW-Stellungnahme vom 14. Juni 2013 zum EU-Verordnungsentwurf

- Grundsätzliche Unterstützung von Ausbau und Kostenreduktion
- Unterstützung des ablehnenden Votums des Bundesrates
- Gegen EU-Verordnung
- Gegen Zugangszwang
- Ablehnung Anwendung auf Wasser, Abwasser und Fernwärme aus technisch-wirtschaftlichen, rechtlichen und fachlichen Gründen
- Rechtsunsicherheiten wegen vorhandener nationaler Regelungen

Offenlegung der **Daten der Infrastrukturen?**

- EU-Inspire-Richtlinie?
- Infrastrukturatlas?
- TKG (Ausnahme)?
- **Koalitionsvertrag:** Eine bundesweit laufend aktualisierte **Landkarte aller öffentlich angebotenen Dienstleistungen ..**



**BDEW
Ablehnung**

Deutsche Politik zu Breitbandkabelausbau in Trinkwasserleitungen



Ablehnung des EU-Verordnungsvorschlags am 03.05.2013



Ablehnung der Bundesregierung über Ausbau der Trinkwasserleitungen am 29.07.2013

- Wir schaffen ein **IT-Sicherheitsgesetz** mit verbindlichen **Mindestanforderungen** an die IT-Sicherheit für die kritischen Infrastrukturen und die Verpflichtung zur **Meldung** erheblicher IT-Sicherheitsvorfälle. Dafür setzen wir uns auch auf der EU-Ebene im Rahmen der europäischen **Cybersicherheitsstrategie** ein.
- Dafür treten wir für eine europäische Cybersicherheitsstrategie ein, ergreifen Maßnahmen zur Rückgewinnung der technologischen Souveränität, unterstützen die Entwicklung vertrauenswürdiger IT- und Netzstruktur sowie die **Entwicklung sicherer Soft- und Hardware** und sicherer Cloud-Technologie und begrüßen auch Angebote eines nationalen bzw. europäischen Routings.
- Wir bauen die Kapazitäten des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (**BSI**) und auch des Cyberabwehrcentrums aus. ...



BMI-Referenten-Entwurf:

„Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme“ 05.03.2013

- Einführung Mindeststandard
- Umsetzung Mindeststandard
- Meldepflichten und -wege
- Sicherheitsaudits

„Cybersicherheits-Richtlinie“

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zur Gewährleistung einer hohen gemeinsamen Netz- und Informationssicherheit in der EU, 07.02.2013, COM (2013)48 fin.

- Einführung Mindeststandard
- Umsetzung Mindeststandard
- Meldepflichten und -wege

BDEW-Forderungen zum Vorschlag IT-Sicherheitsgesetz 05.03.2013

- **Meldepflichten:**
 - existierende Meldepflichten berücksichtigen
 - keine Doppelmeldungen an Behörden
 - Konkretisierung der Meldepflichten
 - Ablehnung SPOC
 - Forderung BSI als Meldebehörde

BDEW-Forderungen zum Vorschlag IT-Sicherheitsgesetz

- **Mindeststandard:**
 - branchenintern durch Regelsetzer DVGW und DWA
 - Stufenplan nach Größe der Unternehmen und Ausstattung
 - Schwellenwert (Ausnahme) für sehr kleine Wasserver- und Abwasserentsorger
 - Erarbeitungsfrist auf vier Jahre verlängern
 - BSI-Anerkennung
 - Ablehnung undifferenzierter Sicherheitsaudits

Koalitionsvertrag zu Fracking

- Die Koalition wird kurzfristig Änderungen für einen besseren Schutz des Trinkwassers im **Wasserhaushaltsgesetz** sowie eine Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (**UVP**) **bergbaulicher Vorhaben** vorlegen, die vor Zulassung von Maßnahmen zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten mittels **Fracking eine obligatorische UVP und Öffentlichkeitsbeteiligung** vorsieht.
- ...Technologie mit **erheblichem Risikopotential...Trinkwasser und Gesundheit haben für uns absoluten Vorrang.**
- Den **Einsatz umwelttoxischer Substanzen** bei der Anwendung der Fracking-Technologie zur Aufsuchung und Gewinnung unkonventioneller Erdgaslagerstätten **lehnen wir ab.**

- Novelle Abwasserverordnung mit Phosphor-Rückgewinnung
- Klärschlamm
- Novelle Abwasserabgabengesetz
- Novelle Oberflächenwasserverordnung
- Koalitionsvertrag:
- Wir werden die **Klärschlammausbringung** zu Düngezwecken beenden und **Phosphor** und **andere Nährstoffe** zurückgewinnen.
- Der **Schutz der Gewässer** vor Nährstoffeinträgen sowie Schadstoffen soll verstärkt und rechtlich so gestaltet werden, dass **Fehlentwicklungen** korrigiert werden.

Entwurf der Abwasserverordnung und Novelle der Oberflächenwasserverordnung

Abwasserverordnung fordert u.a.

- Phosphor-Rückgewinnung
- Plant neue Werte und neue Stoffe (Wärme,...)
- bürokratischer Aufwand beim Abwasserkataster

Oberflächenwasserverordnung

- Umsetzung Richtlinie prioritäre Substanzen
- Betrifft PSM, Arzneimittel usw.
- BDEW: Verursachungsgerechter Ansatz, gegen end-of-pipe (4.R)
- BDEW und Deutsche Umwelthilfe: Aktion für Rücknahmepflicht in Apotheken

Keine Revision der EU-Klärschlammrichtlinie

- Prozess der Revision seit 2010, Sammlung Daten und Ergebnisse der Umsetzung in MS, Fitnesscheck zur Abfallpolitik, einschl. Klärschlamm
- Etliche MS wie D gehen über EU-Klärschlammrichtlinie schon hinaus

Sewage Sludge Study (Studie der gemeinsamen Forschungsstelle der EU-Kommission (JRC), April 2013

- Bewertung der europaweiten Belastung und Relevanz von Schadstoffen, Untersuchungen auf Metalle und Organika (PSM, Arzneimittel, Weichmacher, Süßstoffe)
- **Keine Erweiterung der Richtlinie**
- **Keine neuen Stoffe und Grenzwerte, keine P-Rückgewinnung**
- **Überwachung zur Einhaltung der geltenden Richtlinie**
- **Neue Studie zu Bioabfällen, um landwirtschaftliche Verwertung von KS und Bioabfällen abschätzen zu können.**

EU-Konsultation zur nachhaltigen Verwendung von Phosphor

BDEW-SN: Ablehnung

- neue Phosphor-Reserven, ausreichend
- Klimaschutzziele berücksichtigen
- EU-Minimierungsstrategie zum P-Einsatz fehlt
- Großtechnik fehlt
- Kosten-Nutzen-Analyse notwendig
- Kein Ziel der kommunalen Abwasserentsorgung
- Milliarden schwere Phosphatreduzierung aus Abwasser als Beitrag zum Umweltschutz (3. Reinigungsstufe)

Vermarktung Dünger zulasten Abwassergebühren... Frage der wirtschaftlichen Betätigung?

Novelle Abwasserabgabengesetz:

- ❖ UBA-Gutachten „Praktische Ausgestaltung einer fortzuentwickelnden Abwasserabgabe sowie mögliche Inhalte einer Regelung“, November 2013, Prof. Dr. Erik Gawel, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ
- ❖ Ergebnisse: Abwasserabgabe als Ressourcennutzungsgebühr
- ❖ Streichung von Ermäßigungen und komplette Streichung von Verrechnungsmöglichkeiten
- ❖ Anhebung Abgabesatz auf über 47,50 / 50,00 € je Schadeinheit
- ❖ Aufnahme neuer Parameter (Wärme...)

Folgen: Höhere Belastungen für Abwasserentsorger und Kunden, Mehreinnahmen für die Haushalte der Länder

BDEW: Entlastung notwendig



Dr. Michaela Schmitz

Bevollmächtigte Wasserwirtschaft
Geschäftsbereich Wasser/Abwasser

BDEW Bundesverband der Energie- und
Wasserwirtschaft e.V.
Reinhardtstraße 32
10117 Berlin

Tel.: +49 (0)30 300 199- 1200
Fax: +49 (0)30 300 199- 3200
michaela.schmitz@bdew.de
www.bdew.de

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit